

Die Ukraine zwischen Rußland und der EU: wirtschaftliche Hintergründe und politische Implikationen

Die umstrittene Präsidentschaftsstichwahl, die am 21. November 2004 in der Ukraine stattfand, hat eine tiefe politische Krise hervorgerufen und sogar die territoriale Integrität des Landes in Frage gestellt. Gleichzeitig ist das Land in die Schlagzeilen der Weltpresse gerückt. Von großer Bedeutung für das Verständnis der gegenwärtigen Entwicklungen sind die Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine mit ihren größten Nachbarn Rußland und der EU, insbesondere auf dem Gebiet von Handel und Investitionen.

Auch dreizehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bleibt Rußland der größte ukrainische Handelspartner (18,7% der Exporte und 37,6% der Importe 2003) und vor allem Quelle der billigen Öl- und Erdgasimporte für die stark energieabhängige und wenig reformierte ukrainische Wirtschaft. Rußland ist auch der größte strategische Investor in mehreren ukrainischen Sektoren (häufig über Zypern). Einen neuen Schub haben die russisch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen des kürzlich unterzeichneten Abkommens über den Gemeinsamen Wirtschaftsraum (zusammen mit Weißrußland und Kasachstan) erhalten. Obwohl ein breitangelegter wirtschaftlicher Strukturwandel in der Ukraine immer noch bevorsteht, wies das Land in den letzten Jahren eine sehr hohe Wachstumsdynamik auf (siehe die Wachstumsraten von 9,4% im Jahr 2003 und 13,4% Jänner bis September 2004).

Im Gegensatz dazu hat die EU bislang keine konsistente Politik gegenüber der Ukraine verfolgt, und das Handelsvolumen zwischen den beiden Partnern bleibt vergleichsweise gering (weniger als 1% der EU-Exporte und Importe werden mit der Ukraine abgewickelt). Paradoxerweise sind die Beziehungen der EU mit Rußland in vielerlei Hinsicht fortgeschrittener als diejenigen mit der Ukraine, was einen starken Kontrast zur jetzigen Rhetorik der EU darstellt. Etwa die Hälfte des russischen Außenhandels wird mit der EU betrieben, aber nur ein Drittel des Außenhandels der Ukraine. Rußland wurde mittlerweile von der EU als Marktwirtschaft anerkannt, die Ukraine noch nicht. Rußland konnte eine Ausweitung der Quote für seine Stahlexporte in die EU nach der Erweiterung aushandeln, die Ukraine dagegen nicht. Diese Liste könnte weitergeführt werden. Das jüngste Gipfeltreffen zwischen Rußland und der EU, das am 25. November 2004 in Den Haag stattfand, hat die strategische Partnerschaft mit Rußland sowie die Bestrebungen, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum (mit „vier Freiheiten“) zu bilden, wieder bestätigt. Unter diesen

Umständen sollte die EU eine parallele Integration mit Rußland und der Ukraine anstreben, die es erlauben würde, einen schmerzhaften Bruch der Handelsverflechtungen zwischen den beiden Ländern zu vermeiden.

Die markanten Disparitäten zwischen Ukraines Osten und Westen sind nicht nur auf die sprachlichen Unterschiede zurückzuführen. Der russischsprachige Osten des Landes ist reicher, mehr industrialisiert und erwirtschaftet die meisten Exporteinnahmen. Somit ist die Opposition des Osten zur möglichen Präsidentschaft von Viktor Juschtschenko ernst zu nehmen. Eine Eskalation des Konflikts könnte zu einer möglichen Änderung der territorialen Struktur der Ukraine führen – mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen.

wiiw, 9. Dezember 2004

Vasily Astrov, Tel. (+43 1) 533 66 10 – 30, E-Mail: astrov@wiiw.ac.at